

Oliver Rathkolb

Von den vier alliierten Sendern zu „schwarzer Welle – rotem Schirm“: Die Entwicklung von Rundfunk und Fernsehen nach 1945

Ebenso wie im Bereich der Printmedien übernahmen die alliierten Informations- und Propagandaoffiziere in den jeweiligen Zonen sofort die Kontrolle über jene Sendeanlagen, die das NS-Regime höchst erfolgreich ausgebaut und eingesetzt hatte. Ähnlich war auch die Vorgangsweise bezüglich der Form der Kontrolle. Die USA und Großbritannien führten die Sendergruppe Rot-Weiß-Rot in Salzburg und Linz (ab Oktober 1945 auch mit einem Studio in Wien) bzw. die Sendergruppe Alpenland Graz unter ihrer direkten Kontrolle weiter, die Sowjets begnügten sich mit einer vorerst nur an klassischen Themen interessierten „Russischen Stunde“ in der RAVAG und der Zensur der Nachrichtensendungen. Die „alte“ RAVAG selbst, die Radioverkehrs AG, wurde von ihrem Eigentümer vor 1938, Oskar Czeija, am 29. April 1945 wieder in Betrieb genommen. Das Programm musste nicht nur der Kulturabteilung der Roten Armee, sondern auch dem Amt für Kultur und Volksbildung der Stadt Wien zur Genehmigung vorgelegt werden – autoritäre Zwänge auf allen Ebenen¹.

Czeija wurde aber sehr rasch wieder abgelöst, da die kommunistische „Volksstimme“ eine Kampagne startete und ihn der NSDAP-Nähe beschuldigte und überdies, wie der ÖVP-nahe junge Diplomat Josef Schöner in seinem Tagebuch notierte, Czeija den ÖVP-Politiker Heini beschimpfte². Daher wundert es, nicht, dass das Staatsamt für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr unter Leitung eben dieses ÖVP-Politikers Eduard Heini die Gelegenheit nützte, um Czeija loszuwerden. Überdies hatte Czeija hohe Entschädigungsansprüche wegen des RAVAG-Eigentums vor 1938, das die Deutsche Reichspost übernommen d.h. entzogen hatte, an die Republik gestellt. Damit sollte er auch seine privaten Ansprüche nicht mehr geltend machen können, ebenso wie 1938 wurde er ein zweites Mal enteignet. Die RAVAG fiel als Deutsches Eigentum unter österreichische Verwaltung mit sowjetischer Kontrolle und wurde 1946 wie das gesamte Deutsche Eigentum verstaatlicht, wobei die Sowjetunion in ihrer Zone dies nur mit wenigen Ausnahmen akzeptierte – so auch im Falle der RAVAG, die eigentlich auch als USIA-Betrieb wie hunderte andere verwaltet werden können. Immer wieder kam es im Zusammenhang mit dem Umfang der TASS-Nachrichten, aber auch zwischen den proporzmäßig besetzten ÖVP- und SPÖ-Nachrichten-RedakteurInnen zu handgreiflichen Auseinandersetzungen, so zum Beispiel 1948 zwischen dem leitenden ÖVP-Nachrichtenredakteur Bohac und seinem sozialistischen Gegenüber Hans Bujak, oder 1951 zwischen Bohac und dem kommunistischen Redakteur Kurt Kirzsen³.

¹ Vgl. dazu: Rathkolb, Oliver, Politische Propaganda der amerikanischen Besatzungsmacht in Österreich 1945-1950, Univ.-Diss. Wien 1981; Hiller, Alfred, Amerikanische Medien und Schulpolitik in Österreich 1945-1950, Univ.-Diss., Wien 1974; Schönberg, Michael, Amerikanische Informations- und Medienpolitik in Österreich 1945-1955, Univ.-Diss., Wien 1975; Sieder, Elfriede: Die Alliierten Zensurmaßnahmen zwischen 1945-1955, Univ.-Diss., Wien 1983 sowie Rathkolb, Oliver. U.S.-Medienpolitik und die neue österreichische Journalistenelite, in: Medien und Zeit, vol. 2, 1987, No. 2, S. 6-7. Ein perfekter Einstieg im www. bietet Wagnleiter, Reinold in der e-publication Coca - Colonisation und Kalter Krieg. Die Kulturmission der USA in Österreich nach dem zweiten Weltkrieg, basierend auf seinem Buch Cocacolonisation und Kalter Krieg, Wien 1991.

² Vgl.: Schöner, Josef, Wiener Tagebuch 1944/1945, hrsg. von, [Eva M. Csaky](#), Eva M. / Matscher, Franz / Stourzh, Gerald, Wien 1998.

³ Rathkolb, Oliver, Politische Propaganda der amerikanischen Besatzungsmacht in Österreich 1945-1950. Ein Beitrag zur Geschichte des Kalten Krieges in der Presse-, Kultur- und Rundfunkpolitik, Univ.-Diss., Wien 1981.

Bis 1947 funktionierte die proporzmäßige und die immer schwächer werdende sowjetische Vorzensur relativ friktionsfrei, im Kalten Krieg verstärkten sich aber die sowjetischen Interventionen bis hin zur nicht erfüllten Forderung, die Redemanuskripte österreichischer Politiker zu zensurieren. Gleichzeitig verstärkten sich die ideologischen Sendungen in der „Russischen Stunde“, die ab 1946/1947 unter kommunistischer Kontrolle stand. Ihren Höhepunkt fand diese Auseinandersetzung während der September- und Oktoberstreiks 1950, die von der KPÖ unterstützt wurden. Letztlich beschränkten sich aber die Sowjets auf die Durchsetzung von Sendezeiten für die „Russische Stunde“, nur punktuell wurde zugunsten eigener Meldungen oder gegen bestimmte Sendungen interveniert.

Diese aus der alliierten Befreiung, Verwaltung und dem Kalten Krieg entstandene Verteilung des österreichischen Rundfunks sollte aber nach 1955 nicht beibehalten werden. Die ÖVP-SPÖ-Koalition setzte ein zentralistisches Modell durch, in dem es zwar die Landesstudios gab, diese aber keineswegs dieselbe Kompetenz wie vor 1955 hatten. Die Chance auf einen – ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland – pluralistischeren Rundfunk war nicht genutzt worden. Während aber beispielsweise die MitarbeiterInnen der US-Gruppe Rot-Weiß-Rot im Österreichischen Rundfunk unterkamen, standen die GestalterInnen, aber auch die KünstlerInnen der „Russischen Stunde“ seit 1954 auf Schwarzen Listen, d.h., sie hatten de facto Berufsverbot. Zu ihnen gehörte das gesamte Ensemble des „Neuen Theaters in der Scala“ – selbst höchst begabte und erfolgreiche Schauspieler wie Karl Paryla oder Otto Tausig oder Hortense Raky blieben noch jahrzehntelang stigmatisiert⁴.

Während die Öffentlichkeit als Folge der fast totalen Westintegration im Kalten Krieg diese Form der Menschenhetze und des Berufsverbots kaum registrierte, gab es vor allem durch Berichte im „Neuen Kurier“ und in „Die Presse“ eine Diskussion um die Einstellung der wesentlich moderner gestalteten und beliebten Unterhaltungs- und Literaturprogramme der Sendergruppe Rot-Weiß-Rot. So arbeiteten unter der Leitung Jörg Mauthes Ingeborg Bachmann, Hans Weigel, Peter Weiser, Walter Davy, Alfred Böhm und Wolfgang Riemerschmied im Script Department. Beliebte Kabarettssendungen wie „Brettl vorm Kopf“ von Carl Merz, Helmut Qualtinger und Gerhard Bronner bis hin zum „Watschenmann“ dienten als Aufhänger für die Diskussion, die Einverleibung in die staatliche RAVAG, oder seit 1953 in den Österreichischen Rundfunk, zu verhindern.

Mangels Kapital und der politischen Tendenz von ÖVP und dem für den Rundfunk zuständigen Verkehrsminister der SPÖ, Karl Waldbrunner, wurde am 27. Juli 1955 die Sendergruppe Rot-Weiß-Rot eingestellt. Weder Ludwig Polsterer noch eine Industrie-Gruppe um Manfred Mautner-Markhof jun. brachte das notwendige Betriebskapital auf, um die Sendergruppe in Wien mit 160 MitarbeiterInnen und rund 20 Millionen Schilling Jahresbudget weiterzuführen. 1951 hatte sich Rot-Weiß-Rot mit 3 Millionen HörerInnen schon zu einer bedrohlichen Konkurrenz zur RAVAG entwickelt.

Bereits 1954 hatte auch der Verfassungsgerichtshof über eine Klage der Vorarlberger Landesregierung, betreffend Neuaufteilung der Radiogebühren zugunsten der Länder, entschieden, dass „... das Rundfunkwesen zur Gänze, somit in organisatorischer, technischer und kultureller Beziehung, Bestandteil des Telegraphenwesens, und daher gemäß Art. 10 Abs. 1 Z. 9 B-VG in Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache ist“. Gleichzeitig wurden auch die bisher von den Franzosen verwalteten Sendeanlagen und Studios in Tirol an die öffentliche Verwaltung des österreichischen Rundspruchwesens – noch galten diese Einrichtungen als Deutsches Eigentum – übergeben, nur Vorarlberg verweigerte kurzfristig die Übergabe „seines“ Landesstudios Dornbirn⁵.

⁴ Vgl. dazu Rathkolb, Politische Propaganda.

⁵ Vgl. dazu und zur Rundfunkgeschichte bis 1955 vor allem: Aichinger, Manuela. Rot-Weiß-Rot Linz und das Rundfunkwesen in OÖ. 1954 bis 1957/58, Univ.-Diss., Salzburg 1992; Ergert, Viktor, 50 Jahre Rundfunk in Österreich, Salzburg 1974; Feldinger, Norbert P., Nachkriegsrundfunk in Österreich, Zwischen Föderalismus und Zentralismus von 1945 bis 1957, Wien 1990; Hilbrand, Rainer. Die Sendergruppe Alpenland 1945-1954, Univ.-Diss. Salzburg 1987; Schweinöster, Christine, Archäologie des Radios in

Debatten um die Unabhängigkeit des Rundfunks

Nachdem die Entscheidung zugunsten Monopolisierung und Zentralisierung – etwas gemildert durch die Landesstudios – gefallen war, drehten sich seit 1955 die politischen Diskurse immer um die Frage der politischen Kontrolle bzw. Unabhängigkeit. 1954 hatte die Sozialwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft drei Optionen zur Diskussion gestellt – eine zentralistische mit einheitlichem Finanz- und Technikbetrieb in Wien sowie einzelnen Landesproduktionsmöglichkeiten, eine extrem föderalistische – ein Sender pro Bundesland – und einen Kompromiss-Plan mit drei gleichrangigen Rundfunkgesellschaften (Wien und Niederösterreich als erste Gruppe; Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg als zweite Gruppe sowie als dritte Kette Steiermark, Kärnten und das Burgenland)⁶.

Während heute Lokalradios kein Thema mehr sind, konnten sich auch Experten 1955 aufgrund der ökonomischen Probleme nicht vorstellen, dass die notwendigen Finanzmittel aufgebracht werden würden, um die notwendigen technischen Ausstattungen zu erwerben. Grundsätzlich stand einer Liberalisierung der Rundfunksender wie in den USA aber das staatliche Informationskontrollmonopol entgegen. Selbst die US-Informationsoffiziere hatten dieses Monopol für ihre Zone und ihre ideologischen Zielsetzungen aufrechterhalten und keineswegs das US-Modell in Österreich umzusetzen versucht.

Sowohl ÖVP als auch SPÖ verfolgten in den 1950er- und 1960er-Jahren zentralistische Modelle und unterschieden sich nur in der Form der betrieblichen Kontrolle. Während die SPÖ – so auch der erste Entwurf für ein Rundfunkgesetz – eine öffentlich-rechtliche Anstalt forcierte, mit einer Rundfunkkommission aus 24 VertreterInnen der Parteien, 2 BetriebsrätInnen sowie RepräsentantInnen der anerkannten Religionsgemeinschaften und der Berufsverbände, forcierte die ÖVP eine privatwirtschaftliche, aber gemeinnützige Rechtsform. Im Klartext bedeutete das aber, dass der Staat die Aktienmehrheit innehatte. Nach dem Wahlerfolg 1956 ging Raab noch einen Schritt zurück und forderte eine Gesetzesinitiative nach dem Vorbild der RAVAG vor 1938, die voll im Nachrichtenteil und bezüglich der „sittlichen“ Ausrichtung seines Programms unter staatlicher Kuratel stand. Raab konnte sich wie in vielen anderen Fällen nicht vorstellen, dass eines Tages der Bundeskanzler nicht von der ÖVP gestellt werde oder die ÖVP nicht zumindest in einer Koalition mitregiere und kontrolliere. Die heftigen Proteste der ÖVP-dominierten Bundesländer wie Salzburg wurden mit Hinweis auf den Fortbestand der Landesstudios kalmiert. Nach langem Tauziehen – auch aufgrund eines Schlaganfalles Raabs – wurde ab 1. Jänner 1958 die „Österreichische Rundfunk Gesellschaft m.b.H.“ ins Leben gerufen.

In einem komplizierten System dominierte der Bund gegenüber den Ländern, der vierköpfige Vorstand wurde nach dem Proporzsystem zwischen ÖVP und SPÖ aufgeteilt, wobei Einstimmigkeit in Budget- und Personalfragen notwendig war, sonst aber die Stimme des Generaldirektors bei Gleichheit entschied. Dieser Proporzmechanismus in der Postenbesetzung begann zunehmend, den Rundfunk und das neue Medium Fernsehen, das 1955 seinen Probetrieb aufgenommen hatte, zu paralysieren.

Als Hugo Portisch als Chefredakteur des „Neuen Kurier“ gegen ein neues Proporzabkommen 1963 eine Unterschriftenaktion startete, schlossen sich auch die „Kleine Zeitung“ in Graz/Klagenfurt und „Die Wochenpresse“ an. Immerhin gab es dann im März 1964 bereits 500.000 angemeldete Fernsehteilnehmer, Ende Februar 1968 sollten es dann bereits eine Million sind. Trotz medialem Druck schien sich nichts zu ändern, sodass sich um diese Gruppe insgesamt 52 Zeitungen und Zeitschriften zusammenschlossen, um die Einleitung eines Rundfunkvolksbegehrens zu verlangen: Insgesamt 832.353 Österreicher und Österreicherinnen

Salzburg vom Sprecherkabinett zum Landesstudio Salzburg (1925-1972), Univ.-Dipl. Salzburg 1979; Stohl, Ilse, Rundfunk in Salzburg von Juni 1945 bis 1954. Der Sender Rot-Weiß-Rot in Salzburg während der amerikanischen Besatzungszeit, Univ.-Diss. Salzburg 1988.

⁶ Dazu im Detail vor allem Feldinger, Nachkriegsrundfunk.

sollten 1964 dieses Volksbegehren in weiterer Folge unterschreiben, eine sichtbare Manifestation, dass der Proporz zunehmend auf gesellschaftlichen Widerstand stieß⁷.

Diese Diskussion signalisierte aber bereits deutlich, dass die „Öffentlichkeit“ nicht mehr bereit war, den offensichtlichen und permanenten politischen Einfluss der beiden großen Parteien zu akzeptieren – sowohl bezüglich der Postenbesetzung nach der politischen Farbskala als auch bezüglich der Programmausrichtung. Es ist sicherlich ein Verdienst der Ära Klaus, für mehr Professionalisierung gesorgt zu haben, insbesondere durch die Bestellung des an sich wertkonservativen Gerd Bacher, der jedoch Elemente seines Boulevardrezepts, in den ORF einbrachte. Das bedeutete, dass bestimmte Themen und Nachrichten letztlich nicht unterdrückt werden konnten, sondern auch im Fernsehen thematisiert werden mussten. Es wäre naiv, zu glauben, dass dies ohne parteipolitische Rücksichtnahme erfolgte.

Bis heute ein zentrales Interessenelement für Politiker ist die aktuelle Informationssendung „Zeit im Bild“, da hier die spontane Ad-hoc-Berichterstattung erfolgt. Eine Untersuchung für Anfang 1971 dokumentiert, dass sich rund 23 % der Meldungen, Berichte und Kommentare des Bereichs Innenpolitik auf den Bereich Nationalrat, Parteikontroversen und Wahlen beziehen, 9 % auf direkte Parteiinterna. Während die realpolitisch wichtigen Sozialpartner kaum thematisiert werden, dominieren staatliche Institutionen nur 23 % der innenpolitischen Informationen, die politischen Parteien führen hier deutlich mit 34,5 %. Interessant ist, dass offensichtlich ein Gegengewicht zu der als Regierungspartei den staatlichen Bereich dominierenden SPÖ durch die Bevorzugung der ÖVP mit 14,5 % bei den Parteienachrichten vorliegt (SPÖ 11,5 % und FPÖ – obwohl deutlich kleiner, aber aufgrund der Unterstützung der SPÖ-Minderheitsregierung realpolitisch wichtig – mit 11,5 %). Außerparlamentarische Initiativen bleiben ausgeklammert.⁸

Fernsehen und Demokratieentwicklung in Österreich

Bisher gibt es relativ wenig demokratiespezifische Forschungen in Österreich zu diesen Bereichen, wie überhaupt die Fernsehforschung in Österreich noch in den Kinderschuhen steckt. Immer wieder werden zwar die juristischen und politischen Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Fernsehmonopols in Österreich analysiert, konkrete Analysen bleiben aber meist in Anlassfällen stecken – so beispielsweise immer wieder bei den Fernsehdiskussionen Kreisky-Klaus 1969/1970. Hinter dieser Auseinandersetzung steckt aber eine „Medienrevolution“ in Österreich, in der dem Fernsehen bei der politischen Meinungsbildung erstmals eine zentrale Funktion zukam. Ähnlich wie bei der berühmten Fernsehdebattenserie Kennedy-Nixon zu Beginn der 1960er-Jahre, die Kreisky als Außenminister aufmerksam studiert und überhaupt den gesamten offenen Medienzugang der Kennedy-Administration als höchst innovativ eingestuft hatte, so zeigt sich, wie zentral diese „Abbilder“ wurden. Darüber hinaus kam dem Fernsehen in den 1960er- und noch in den 1970er-Jahren eine besonders hohe Glaubwürdigkeitsrate zu, die erst in letzter Zeit im Sinken begriffen ist.

Die zentralen politischen Gatekeeper im ORF vor 1970, Bacher und Dalma, waren als Konservative dem Sozialisten Kreisky gegenüber nicht grundsätzlich positiv eingestellt - vor allem der ehemalige Presseattaché der faschistischen Gesandtschaft Kroatiens in Berlin vor 1945 Dalma agitierte bereits zu dieser Zeit gegen Kreisky, wogegen Bacher durchaus manche Sympathien damals noch für Kreisky, den er aus gemeinsamen Pro-Südtirolaktivitäten kannte, anklingen liess. Trotzdem gelang es Kreisky, der aus seinen zahlreichen und langen USA-Aufenthalten zur Zeit Kennedys sehr wohl über die Wirkung des Mediums bestens Bescheid wusste, rasch, das Fernsehen in „Besitz“ zu nehmen, da er sich wesentlich besser im Fernsehen präsentieren konnte. Kreiskys Kunst, Dialoge und Konfrontationen durch spannende und unerwartete Erzählmonologe zu dominieren, sowie sich auch entsprechend interessant

⁷ Vgl. dazu den Eintrag 5.-12. Oktober 1964 unter www.mediaresearch.orf.at, der eine wertvolle Chronologie der Entwicklung des Rundfunks und Fernsehens auflistet.

⁸ Vg.: Holzinger, Lutz / Springer, Michael / Zeller, Jörg, „Zeit im Bild“ – Analyse. Information im Fernsehen, Wien/München 1973.

visuell zu präsentieren – im Theaterjargon nennt man dies „Bühnenpräsenz“ – nahm zahlreiche Zuschauer für sich ein.

Zunehmend war es auch möglich – 1968 gab es bereits, wie erwähnt 1 Millionen angemeldete Fernsehteilnehmer –, nicht mehr nur kollektiv im Gasthaus oder bei Freunden fern zu sehen, doch sich eine private Meinung ohne starke kollektive Beeinflussung zu bilden.

Bundeskanzler Klaus hingegen war eher ein Mann des Zwiegesprächs mit ausgewählten Journalisten, wohingegen Kreisky eine sehr breite Journalistenriege laufend mit Informationen, News und griffigen Interpretationen versorgte. Seine Einladungslisten zu sich nach Hause in der Armbrustergasse lesen sich wie ein Who is Who des österreichischen Journalismus und gehen über viele Jahre.

Gleichzeitig fürchtete Kreisky – sehr geprägt von negativen Erfahrungen mit den totalitären Propagandamethoden der 1930er-Jahre (sowohl in Deutschland als auch Österreich) – die Mobilisierungskraft des neuen Mediums. Auslösendes Ereignis für Kreisky, eine Rundfunkreform zur öffentlichen Kontrolle der Medien Fernsehen und Rundfunk anzustreben, war der so genannte „Schranz-Rummel 1972“⁹. Im Februar 1972 war ganz Österreich im „Aufruhr“ wegen der Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees, dem Ski-Ass Karl Schranz wegen der Vermarktung seines Namens den Amateurstatus und damit die Teilnahmeberechtigung an den Olympischen Spielen in Sapporo (Japan) zu entziehen. Gerade bei der Identitätsbildung der Jugendlichen spielte Sport eine ganz wichtige Rolle. Die vier Goldmedaillen von Toni Sailer 1956 hatten den Nationalstolz – vor allem bei jungen Menschen – deutlich mitgeformt. Nicht mehr Kriegshelden dominierten die Nachkriegsgeneration, sondern die Sporthelden – häufig durchaus als Gladiatorenersatz in der Medienberichterstattung inszeniert.

Während in den 1990er Jahren Sport für die nationale Identifikation an Bedeutung deutlich verloren hatte, war er 1972 durchaus zentral. Entsprechend heftig waren die öffentlichen Reaktionen. Auf Initiative des SPÖ-Unterrichtsmisters Fred Sinowatz, der auch für Sport zuständig war, wurde in Wien ein großer Empfang initiiert. Bei der Wahl der Mittel war der ORF nicht zurückhaltend und Bacher zog alle Register, ebenso wie die wichtigsten Zeitungen Österreichs. 87.000 Menschen – mehr als bei der Rückkehr der erfolgreichen Regierungsdelegation von den Staatsvertragsverhandlungen in Moskau im April 1955 – säumten am 8. Februar 1972 die Straßen zwischen Schwechat und Wien, als Schranz im „Triumphzug“ vom Flughafen zum Ballhausplatz eskortiert wurde. Kreisky zeigte sich erst beim dritten Mal mit Schranz auf dem Balkon des Ballhausplatzes, seine Stimme war eher brüchig – ganz ungewohnt für den wohl medienbewusstesten Politiker der siebziger Jahre. Ihm war die Analogie zu der Nacht vom 12. auf den 13. März 1938 bewusst – als die nationalsozialistische Kurzzeit-Regierung Seyß-Inquarts sich den johlenden Fans zeigte. Kreisky erkannte, welche Möglichkeiten der ORF besaß, Massen zu mobilisieren, und entwickelte sofort eine starke emotionale Abneigung dagegen, die durch die politischen Kontroversen mit dem damaligen ORF-Intendanten Bacher nur noch verstärkt wurden. Seine Entscheidung zur Reform des Rundfunkgesetzes und stärken Regierungseingriff in den ORF war gefallen.

Während die ÖVP-SPÖ-Koalition die Rundfunkreform rasch durchzog und durch den Entzug von Werbeeinnahmen, die der ORF trotz seines Gebührenmonopols über die Jahre aufgebaut hatte, auch zumindest eine zweite Sendergruppe ermöglichte, ließ sich Kreisky mit dieser Frage drei Jahre Zeit. Doch bereits 1972 am Villacher Parteitag hatte er ein Gegengewicht zum ORF-Meinungsmonopol durch Einführung eines zusätzlichen Verleger-Fernsehsenders und die Ausdehnung der Werbezeiten gefordert. Bacher fürchtete eine Schwächung des ORF durch

⁹ Vgl.: Tantner, Anton, *Der "Schranz-Rummel" von 1972. Geschichte, Sport, Krieg und Konstruktion von Nation*, in: *ZeitRaum. Zeitschrift für historische Vielfalt, Neue Folge, Heft 2/1995, S. 8-33.*

den Verlust von Werbeeinnahmen – 2001 vertrat er den genau konträren Standpunkt –, der Zeitungsherausgeberverband lehnte nach Bachers Kostenprognosen – 115 Millionen für den Zeitungsherausgeberverband – diese Idee ab, und die SPÖ ging in Richtung Rundfunkreform durch Einsetzung einer eigenen Kommission.

Ähnlich wie in der Kontroverse des vorletzten Generalintendanten Weis gegen ÖVP-Bundeskanzler Schüssel kam es zu einem heftigen Schlagabtausch. Auch 1974 wurde ein neues Rundfunkgesetz beschlossen und die Ausschreibung für einen neuen Generalintendanten bekannt gegeben. Ein Kuratorium, in dem die SPÖ-ParteienvvertreterInnen bzw. -RegierungsvertreterInnen die Mehrheit haben, sollte letztlich den Sektionschef des Justizministeriums Oberhammer zum neuen Generalintendanten wählen. Als demokratisches Instrument intendiert, wird die breite HörerInnen- und SeherInnenvertretung, die nach erweiterten sozialpartnerschaftlichen Kriterien zusammengestellt ist, letztlich in der Praxis an Bedeutung verlieren.

Bis zum heutigen Tag war es nicht möglich, den ORF aus direkter oder indirekter Beeinflussung durch die jeweilige Regierungspartei – bis 2000 die SPOE, danach wie vor 1970 die ÖEVP – in Richtung einer BBC-Lösung gänzlich zu emanzipieren. Auch die gerne als Vorbild präsentierte Bundesrepublik Deutschland hat, wie diverse Intendantenbestellungskriege der jüngsten Zeit zeigen, auch in der Umsetzung des regional-föderalen Modells aus der Zeit der westalliierten Administrationen nicht unbedingt eine ideale Lösung gefunden¹⁰. Aber trotzdem gibt es bei den öffentlich-rechtlichen Sendern als ein Erbe aus der alliierten Supervisionzeit und dem starken Föderalismus zumindest die Tendenz in den politischen Magazinsendungen, zu je 50% etwas links der Mitte und rechts der Mitte zu agieren. Mit den Privatsendern nimmt das Fernsehen auch in Deutschland einen wesentlich Platz im öffentlichen Diskursraum ein. 1999 waren in der Bundesrepublik Deutschland ca. 33 Millionen Geräte angemeldet. Über sie erreicht das Fernsehen in Deutschland über 65 Millionen Personen ab sechs Jahre. Über Kabel- oder Satelitenanschluss können mehr als 30 Programme empfangen werden. Täglich sehen die Deutschen 198 Minuten fern¹¹.

Ob die Privatisierung des Fernsehens, ohne gleichzeitige Kartellregelungen auf den kleinen österreichischen Medienraum bezogen, wirklich „die“ Lösung ist, muss bezweifelt werden. Die Erfahrungen mit dem privaten Berlusconi-Medien-Politkonzern und dessen direkten Zugriff auf das staatliche Fernsehen RAI als Premierminister dokumentieren die demokratiepolitischen Probleme um ein unabhängiges Fernsehen, da zunehmend auch in den USA Privatsender ganz klare Parteipolitik radikal durchziehen – so beispielsweise die Sendergruppe Fox News zu Gunsten der Bush-Administration vom Unterhaltungsprogramm bis zu den politischen Sendungen.

Eine weitere Diskussion über einen unabhängigen ORF darf die Unterhaltungssendungen eben so wenig ausklammern wie die Frage der Omnipräsenz der jeweiligen Regierungsvertreter bei den harten politischen Sendungen mit den höchsten Zuseherquoten in ZIB 1 und ZIB 2. Wichtig in diesem Zusammenhang erscheinen Maßnahmen zur Förderung eines unabhängigen selbstbewussten Journalismus, ähnlich jenem, dem Exilanten und US-Radiooffiziere in den ersten Jahren nach 1945 in Österreich und Deutschland zum Durchbruch verhelfen wollten. In

¹⁰ Es sind dies: ARD (Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland) - mit WDR (Westdeutscher Rundfunk), SWR (Südwestrundfunk), NDR (Norddeutscher Rundfunk), BR (Bayerischer Rundfunk), MDR (Mitteldeutscher Rundfunk), HR (Hessischer Rundfunk), SFB (Sender Freies Berlin), Radio Bremen, SR (Saarländischer Rundfunk), Deutsche Welle (Radioprogramme in 35 Sprachen) sowie ZDF (Zweites Deutsches Fernsehen. Zur Frage Politikvermittlung vgl. Sarcinelli, Ulrich (Hg.), Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur, Opladen 1998. Zur Medien- und Fernsehgeschichte in Deutschland allgemein siehe Wilke, Jürgen (Hg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999.

¹¹ Siehe dazu www.goethe.de/in/d/frames/schulen/klarsicht/foлие_k07.html

diesem Sinne schließt sich der demokratiepolitische Regelkreis wieder in den Demokratiekonzepten der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Doch es besteht ein zentraler demokratiepolitischer Unterschied – gerade aufgrund der Visualisierung unserer Lebens-, Arbeits- und Freizeitwelten nehmen die Menschen zunehmend nur mehr die Realität durch Bilder wahr. Neil Postman. Der amerikanische Wissenschaftler stellte Mitte der 80er Jahre fest, dass sich die Menschen im Zeitalter der Unterhaltungsindustrie zu Tode amüsieren. "Zum ersten Mal in der Geschichte", so Postman, "gewöhnen sich die Menschen daran, statt der Welt ausschließlich Bilder von ihr ernst zu nehmen. An die Stelle der Erkenntnis- und Wahrnehmungsanstrengung tritt das Zerstreuungsgeschäft. Die Folge davon ist ein rapider Verfall der menschlichen Urteilskraft, der das gesellschaftliche Fundament der Demokratie antastet"¹².

Literatur

Aichinger, Manuela. Rot-Weiß-Rot Linz und das Rundfunkwesen in OÖ. 1954 bis 1957/58, Univ.-Diss., Salzburg 1992.

Ergert, Viktor, 50 Jahre Rundfunk in Österreich, Salzburg 1974.

Feldinger, Norbert P., Nachkriegsrundfunk in Österreich, Zwischen Föderalismus und Zentralismus von 1945 bis 1957, Wien 1990.

Hilbrand, Rainer. Die Sendergruppe Alpenland 1945-1954, Univ.-Diss. Salzburg 1987.

Hiller, Alfred, Amerikanische Medien und Schulpolitik in Österreich 1945-1950, Univ.-Diss, Wien 1974.

Holzinger, Lutz / Springer, Michael / Zeller, Jörg, „Zeit im Bild“ – Analyse. Information im Fernsehen, Wien/München 1973.

Postman, Neil, Wir amüsieren uns zu Tode (Deutsche Ausgabe), Frankfurt 1985.

Rathkolb, Oliver, Politische Propaganda der amerikanischen Besatzungsmacht in Österreich 1945-1950, Univ.-Diss. Wien 1981.

Rathkolb, Oliver. U.S.-Medienpolitik und die neue österreichische Journalistenelite, in: Medien und Zeit, vol. 2, 1987, No. 2, S. 6-7.

Sarcinelli, Ulrich (Hg.), Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur, Opladen 1998.

Schönberg, Michael, Amerikanische Informations- und Medienpolitik in Österreich 1945-1955, Univ.-Diss., Wien 1975.

Schöner, Josef, Wiener Tagebuch 1944/1945, hrsg. von, [Eva M. Csaky](#), Eva M. / Matscher, Franz / Stourzh, Gerald, Wien 1998.

Schweinöster, Christine, Archäologie des Radios in Salzburg vom Sprecherkabinett zum Landesstudio Salzburg (1925-1972), Univ.-Dipl. Salzburg 1979.

Sieder, Elfriede: Die Alliierten Zensurmaßnahmen zwischen 1945-1955, Univ.-Diss., Wien 1983.

Stohl, Ilse, Rundfunk in Salzburg von Juni 1945 bis 1954. Der Sender Rot-Weiß-Rot in Salzburg während der amerikanischen Besatzungszeit, Univ.-Diss. Salzburg 1988.

Tantner, Anton, Der "Schranz-Rummel" von 1972. Geschichte, Sport, Krieg und Konstruktion von Nation, in: ZeitRaum. Zeitschrift für historische Vielfalt, Neue Folge, Heft 2/1995, S. 8-33.

Wagnleiter, Reinold, Coca-Colonisation und Kalter Krieg. Die Kulturmission der USA in Österreich nach dem zweiten Weltkrieg, Wien 1991.

Wilke, Jürgen (Hg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999.

¹² Postman, Neil, Wir amüsieren uns zu Tode (Deutsche Ausgabe), Frankfurt 1985.